

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/65

5. April 1976

Milliarden-Beträge fließen nach Bayern

Bonn kurbelt Konjunktur im südlichen Bundesland an

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
SPD-Landesvorsitzender Bayern, Mitglied des SPD-Prä-
sidiums und Bundesjustizminister

Seite 1 und 2 / 53 Zeilen

Erschreckende Bilanz durch Leichtsin

Ein notwendiges Wort zum Weltgesundheitsstag

Von Dr. Katharina Focke MdB
Bundeamministerin für Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 3 / 34 Zeilen

Vertrauen und Kontrolle

Zwei Seiten unserer Entwicklungs-Zusammenarbeit

Von Dr. Uwe Holtz MdB
Vorsitzender des Bundestageausschusses für wirtschaft-
liche Zusammenarbeit

Seite 4 und 5 / 47 Zeilen

Appell an die SPD: Zusammenreißen!

Konsequenzen aus der Landtagswahl in Baden-Württemberg

Seite 6 / 29 Zeilen

Die Saat geht auf

Jetzt fliegen Ziegelsteine gegen Klaus Staack

Von Wolfgang Roth
Mitglied des Vorstandes der SPD

Seite 7 / 33 Zeilen

Milliarden-Beträge fließen nach Bayern

Bonn kurbelt Konjunktur im südlichen Bundesland an

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
SPD-Landesvorsitzender Bayern, Mitglied
des SPD-Präsidiums und Bundesjustizminister

"Bonn benachteiligt Bayern", so behauptet die CSU seit dem Bestehen der sozialliberalen Bundesregierung. Gebetsmühlenartig strickt die Union im polemischen Gleichklang mit der bayerischen CSU-Staatsregierung an dieser Legende. Doch der Versuch der CSU, von ihrer eigenen Unfähigkeit, ihrer Erstarrung und interessenabhängigen Unbeweglichkeit auf die Bundesregierung abzulenken, scheitert kläglich.

In Wahrheit hängen die wirtschaftliche Situation Bayerns und die Lebenschancen der Menschen in diesem Land im wesentlichen davon ab, daß in Bonn verantwortliche Politik gemacht wird. Bessere Leistungen kosten Geld. Vieles wäre deshalb in Bayern ohne die stetige Hilfe des Bundes nicht geschaffen worden:

1. Trotz knapper Kassen wurden allein für struktur- und konjunkturpolitische Sonderprogramme in den Jahren 1974 und 1975 rund 1,12 Milliarden DM an Bundesmitteln in Bayern eingesetzt. Die Bonner Unterstützung für Bayern umfaßte dabei unter anderem Maßnahmen zur Zwischenfinanzierung von Bausparrverträgen, Maßnahmen zur kommunalen Infrastruktur, Investitionszulagen für bayerische Unternehmen sowie Maßnahmen zum Bau und Ausbau von Bildungsstätten, Werkstätten, Kindergärten und Sportstätten.

2. Neben diesen kurzfristigen Konjunkturprogrammen förderte die Bundesregierung allein zwischen 1970 und 1975 viele Schwerpunkte mit besonderer regionaler Bedeutung. Dabei stiegen die Leistungen des Bundes für Bayern von rund zwei Milliarden DM (1970) auf über vier Milliarden DM (1975). Diese Steigerung des konzentrierten Mitteleinsatzes in Bayern um

Über 90 vH innerhalb von wenigen Jahren kam weiteren Bereichen zugute.
Wo liegen dabei die Schwerpunkte?

a/ Die Hilfen für den Wohnungs- und Städtebau erhöhten sich innerhalb von sechs Jahren um 204 vH von 53,8 Millionen DM auf 163,7 Millionen DM. Verbessert wurden dabei vor allem der soziale Wohnungsbau, die Modernisierung des Wohnungsbestandes und das Wohngeld für einkommensschwache Bürger. Nicht zuletzt die Finanzhilfen des Bundes nach dem Städtebauförderungsgesetz haben viele Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in weiten Teilen Bayerns erst ermöglicht.

b/ Für die regionale Wirtschaftsförderung stieg die Bundesleistung von 57,1 Millionen auf 139,4 Millionen DM (plus 144 vH). Dadurch wurden in Bayern neue Arbeitsplätze geschaffen, vorhandene Arbeitsplätze in der gewerblichen Wirtschaft gesichert, die wirtschaftsnahe Infrastruktur verbessert sowie der Wohn- und Freizeitwert der Gemeinden gesteigert.

c/ Der Mittelaussatz der Bundesregierung für Bildung, Wissenschaft und technologische Entwicklung in Bayern erhöhte sich von 602,5 Millionen auf 1,3 Milliarden DM (plus 123 vH).

Daneben wurden die Bundesleistungen für die bayerische Landwirtschaft (plus 37 vH) und für ein leistungsfähiges Verkehrssystem in Bayern (plus 32 vH) beträchtlich erhöht. Allein zwischen 1969 und 1975 wurden in Bayern 352 km Bundesautobahn und rund 344 km Bundesstraßen neu fertiggestellt. Hinzu kommen noch die kommunalen Straßenbauprojekte insbesondere in München und Nürnberg.

Alles in allem: Die Konjunktur wurde durch die Bundesregierung auch in Bayern kräftig in Schwung gebracht und das Netz der sozialen Sicherung durch zusätzliche Bundesleistungen besonders engmaschig geknüpft.

Bonn benachteiligt Bayern? Diese Legende sollte nun endgültig zu Grabe getragen werden.

(-/5.4.1976/ve/e/pr)

+ + +

Erschreckende Bilanz durch Leichtsinn

Ein notwendiges Wort zum Weltgesundheitstag

Von Dr. Katharina Focke MdB

Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit

Das Leitwort des diesjährigen Weltgesundheitstages (7. April) "Besser sehen - mehr vom Leben" verdient, bitter ernst genommen zu werden. Wie vieles, das selbstverständlich erscheint, in seinem wahren Wert aber erst erkannt wird, wenn es verloren geht, wird auch dem Augenlicht vielfach zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Leichtsinn, Unwissenheit und Nachlässigkeit sind heute die Hauptursachen dafür, daß in unserem Land noch Jahr für Jahr etwa 1.000 Menschen erblinden. Insgesamt leben etwa 70.000 blinde Mitbürger unter uns.

Angesichts des Schicksals dieser Tausende muß jeden einzelnen - ganz besonders jedoch Eltern und Erzieher - die Frage interessieren, wie das Gesundheitsbewußtsein im Hinblick auf unser Sehvermögen gestärkt werden kann. Vorbildliche medizinische Leistungen und wohldurchdachte Schutzvorschriften sind nur die Hälfte wert, wenn sie nicht bekannt sind oder nicht angewandt werden. Die Weltgesundheitsorganisation will das Augenmerk stärker - als das durch staatliche und private gesundheitliche Aufklärung sowieso stetig geschieht - auf diese Aspekte lenken. Ein weltweit eingesetztes Plakat, vom Deutschen Grünen Kreuz entwickelt, eine Wanderausstellung und Pressedienste unterstützen diese Bestrebungen gemeinsam mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.

Einige Merksätze sollten Allgemeingut werden: Ob etwas mit den Augen nicht in Ordnung ist, erkennt zuverlässig nur der Augenarzt. Schon die geringste Veränderung des Sehvermögens, jede außergewöhnliche Entwicklung am Auge, auch die geringfügig erscheinende Entzündung, muß vom Arzt behandelt werden. Viel zu wenige begreifen, daß kindliches Schielen heute bei rechtzeitiger Behandlung schon mit nahezu 100prozentigem Erfolg korrigiert werden kann; in schweren Fällen droht sonst das abweichende Auge zu erblinden. Dazu muß man wissen, daß die Erfolgsaussichten in der Schule wie im Berufs- und Privatleben oft unmittelbar von ungestörter Sehleistung abhängen.

Vom 40. Lebensjahr an sollte jeder regelmäßig alle zwei bis drei Jahre die Augen vorsorglich untersuchen lassen: Jeder fünfte Späterblinde verliert sein Augenlicht durch den Grünen Star. Das muß nicht sein, denn jeder Augenarzt kann die Krankheit mit einer einfachen, schmerzlosen Prüfung des Augeninnendrucks schon im Frühstadium erkennen und behandeln.

Unfallverhütungs- und Sicherheitsvorschriften schützen auch und vor allem unser Augenlicht: Etwa 80 Prozent unserer Sinnesindrücke gewinnen wir über die Augen. Rechtzeitig sehen und gesehen werden ist lebenswichtig. Wer im Auto fährt, sollte angechnallt sein; es ist kein Fall bekannt, daß jemand bei einem Autounfall eine ernsthafte Augenverletzung erlitt, obwohl er Sicherheitsgurte trug. Nicht nur Schweißer, Schleifer oder Lackierer sollten ihre Augen vor Verletzungen schützen. Vorsicht ist besser als Nachsicht!

Wer augenbewußt lebt, wird erkennen, wie sehr Lebensqualität vom Sehvermögen abhängt: Besser sehen - mehr vom Leben! (-/5.4.1976/vf/pr)

Vertrauen und Kontrolle

Zwei Seiten unserer Entwicklungs-Zusammenarbeit

Von Dr. Uwe Holtz Maß

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Von der Öffentlichkeit kaum beachtet hat Bundesminister Egon Bahr ein neues Kapitel der deutschen Entwicklungspolitik aufgeschlagen. Bei seinem jüngsten Besuch in Tunesien hatte er mit dem tunesischen Planungsminister Mustapha Zaarouni vereinbart, daß 20 Millionen DM für ein "Pilot-Projekt" - wahrscheinlich im ländlichen Bereich - gestellt würden, dessen Durchführung stärker als bisher in der Verantwortung des Entwicklungslandes liegen wird. Dadurch soll versucht werden, veränderten Situationen in den Entwicklungsländern Rechnung zu tragen.

In der Tat wird es höchste Zeit, daß die Industriestaaten das gewachsene Selbstbewußtsein der Entwicklungsländer zur Kenntnis nehmen und deren Souveränitätsrechte ebenso respektieren wie sie dies umgekehrt für sich selbst in Anspruch nehmen. Der Oppositionssprecher schwingt gegen Bahrs neue Idee bereits wieder den derben Knüppel politischer Polemik. Es ist deshalb wichtig, den Inhalt der getroffenen Vereinbarung festzuhalten:

Die Bundesregierung und die tunesische Regierung sind übereingekommen, daß das "Pilot-Projekt" im Unterschied zu den übrigen Projekten, die im Rahmen der deutsch-tunesischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit finanziert werden, einem vereinfachten Prüfungs- und Abwicklungsverfahren unterworfen wird. Dabei sollen folgende Grundsätze beachtet werden:

- Die Bundesregierung prüft das vorgeschlagene "Pilot-Projekt", wobei

sich versteht, daß die tunesische Regierung alle notwendigen Unterlagen vorlegt.

- Das Darlehen wird von der tunesischen Regierung verwaltet; die tunesische Regierung verpflichtet sich, der deutschen Regierung regelmäßig Informationen über den Projektfortschritt mitzuteilen.

- Die Auszahlung des Darlehens erfolgt in mehreren Teilbeträgen; beide Regierungen prüfen gemeinsam, und zwar vor Auszahlung des letzten Teilbetrags in Höhe von 25 vH der Darlehenssumme, inwieweit die Vereinbarungen des Projekt-Abkommens verwirklicht worden sind und ob die bestimmungsge-
mäßige Verwendung des Darlehensbetrages vollständig nachgewiesen worden ist.

Die Einzelheiten des Verfahrens müssen noch in einem Regierungsabkommen festgelegt werden. So viel ist aber klar, daß die deutsche Entwicklungspolitik auch in Zukunft nicht ohne Kontrolle auskommen wird. Abgebaut werden lediglich zum Teil diskriminierende Eingriffe in die Hoheitsrechte fremder Staaten, und abgebaut wird auch die ungewöhnlich lange Prüfungszeit, die in zunehmendem Maße das Ansehen der deutschen Entwicklungsleistungen ins Zwielficht gebracht hat. Die Qualität unserer Hilfe kann durch derartige Beweise unseres guten Willens, die partnerschaftliche Kooperation ernst zu nehmen, nur gewinnen. Vertrauensbildende Maßnahmen dieser Art werden aber nicht nur das deutsche Ansehen in der Dritten Welt erhöhen, sie sind auch geeignet, Selbstbewußtsein und Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer dort zu fördern, wo dies im Interesse der beschleunigten Entwicklung der Dritten Welt erforderlich ist.

Es bleibt abzuwarten, welche Erfahrungen mit dem von Bundesminister Behr begonnenen "Pilot-Projekt" gewonnen werden. Zweifelsohne handelt es sich aber um einen begrüßenswerten Versuch der Bundesregierung, Kontroll- und Verwaltungsinstanzen bei Entwicklungsprojekten auf Entwicklungsländer zu übertragen. Die Bundesregierung unternimmt damit einen weiteren Schritt zur Anpassung und Verbesserung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit.

(-/5.4.1976/vs/e/pr)

+ + +

Appell an die SPD: Zusammenreißen!

Konsequenzen aus der Landtagswahl in Baden-Württemberg

Die SPD denkt nicht daran, die Ergebnisse der Landtagswahl in Baden-Württemberg nicht so ernst zu nehmen, wie das die zum Teil erschreckenden Zahlen einfach erzwingen. Willy Brandts nüchterne und mahnende Erklärung, daß das Wahlergebnis vom 4. April "in hohem Maße unbefriedigend" sei, bestätigt diese Feststellung, aus der die SPD ganz ohne Zweifel die erforderlichen Schlüsse ziehen und die notwendigen Konsequenzen praktizieren wird. Die sehr intensive, sorgsame und verantwortungsbewußte Diskussion des SPD-Vorstandes, die sich an den Bericht des Landesvorsitzenden Dr. Erhard Eppler anschloß, läßt erkennen, daß dieser 4. April als harter Anlaß genommen wird, um ohne jeden weiteren Zeitverlust die kardinale Aufgabe anzupacken, am 3. Oktober 1976 als Wahlsieger in die nächste Legislaturperiode zu gehen.

Die SPD wird im Land und im Bund in raschem Tempo überprüfen, welche konkret-aktuellen oder grundsätzlichen Probleme zu den Ergebnissen des 4. April geführt haben. Dazu werden insbesondere auch die Fragen gehören, die sich mit der Entwicklung in den großen Städten befassen. Dabei wird man nicht übersehen, daß die Wahlergebnisse in den ländlichen Einzugsgebieten dieser Städte zur Prüfung herangezogen werden müssen, um ein zusammenhängendes und brauchbares Bild zu bekommen, das die weitere Arbeit in die richtigen Bahnen lenkt.

Die SPD wird den 4. April als Signal für eine Mobilisierung nehmen, die ihre erste Dokumentation in der Wahlplattform und im Außerordentlichen Parteitag von Dortmund finden soll. Unter Führung von Willy Brandt und Helmut Schmidt wird sich die SPD zusammenreißen und jedermann zeigen, daß sie kämpfen und gewinnen kann, um auch nach dem 3. Oktober 1976 zu Nutz und Frommen des Staates und der Gesellschaft weiter zu regieren.

(e/5.4.1976/bgy/pr)

+ + +

Die Saat geht auf

Jetzt fliegen Ziegelsteine gegen Klaus Staeck

Von Wolfgang Roth

Mitglied des Vorstandes der SPD

Am 30. März hatten Abgeordnete der CDU/CSU bei der Eröffnung einer Ausstellung des Heidelberger Grafikers Klaus Staeck in der Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn Plakate des Künstlers von den Wänden gerissen und zerstört. Am 4. April nun die nächste Stufe der Eskalation der Gewalt: In des Heidelberger Atelier von Klaus Staeck wurde ein schwerer Ziegelstein geworfen. Der Täter, ein eigens zu diesem Zweck aus dem Odenwald angereister Mann, wartete seelenruhig das Eintreffen der Polizei ab, um sich in seiner Begründung der Tat für das Protokoll ausdrücklich auf die skandalöse Aktion der Unionsabgeordneten in Bonn zu beziehen.

Die Saat ist also aufgegangen. Wenn sich Abgeordnete des Deutschen Bundestages schon ungestraft als Bilderstürmer betätigen können, wenn nicht einmal mehr Fragen des Eigentums bei mutwilliger Zerstörung von Plakaten eine Rolle spielen sollen, geschweige denn die Freiheit der künstlerischen Betätigung in unserem Land, dann darf man sich eigentlich kaum noch wundern, wenn unbequeme Künstler jetzt auch durch Steinwürfe eingeschüchtert werden sollen.

In einem Kommentar zu dem Vorfall in der Parlamentarischen Gesellschaft schrieb der Zürcher "Tagesanzeiger" in der vergangenen Woche: "Wer, einigermaßen fassunglos, das Wüten der christdemokratischen Abgeordneten erlebt hat, wird diese Manifestation der Intoleranz, ja des Hasses auf einen Außenseiter nur mit Sorge betrachten können. Wie war das denn mit den Karikaturisten des 'Simplizissimus', mit Gulbransson, Thöni, wie war es mit Karl Arnold? Wie war es mit John Hartfields antifaschistischer Politikunst? Heute werden sie als großartige Zeugen demokratischer Gesinnung in Ausstellungen herumgereicht."

Wenn im Ausland das Verhalten der CDU/CSU-Abgeordneten schon wieder für fatale Parallelen zur Weimarer Republik und zum Dritten Reich herangezogen wird, ist deutlich: Es ist an der Zeit, daß die Union insgesamt dem mutigen Beispiel von Hermann Höcherl folgt und sich eindeutig von allen Formen des Vandalismus distanziert. Das ist - wie das Heidelberger Beispiel von gestern zeigt - schon deshalb dringend geboten, damit sich künftig Steinwerfer nicht mehr bei der Begründung ihrer Tat auf Jenninger, Lenz, Haase & Co. beziehen können. (-/5.4.1976/ve/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller